KGW GERBER EDELSTÄHLE GMBH

58454 Witten
Mewer Ring 9
Tel. 02302 88908-73
Fax 02302 88908-70

95369 Untersteinach
Robert-Bosch-Str. 4
Tel. 02302 88908-88
Fax 02302 88908-80

Homepage www.kgw.nrw
E-Mail kgw@kgw.nrw

Deutschland, Europa und die Welt

An der deutschen Fußball-Nationalmannschaft ließ man kein gutes Haar und an dem Trainer noch weniger. Jürgen Klopp sollte es richten. Bei den Ergebnissen saß Julian Nagelsmann wahrscheinlich auf der Zuschauertribüne und lachte sich ins Fäustchen. Ähnlich erging es der Ampel, die von der Opposition nach allen Regeln der Kunst beschimpft wurde. Als Ergebnis musste Olaf Scholz das „Handtuch werfen". Der Heilsbringer Friedrich Merz wurde mit einem „Anlauf" von 25 Jahren am 06.05.2025 neuer deutscher Bundeskanzler. Heute kämpft er um sein Amt und um Reformen. Die **schwarz-rote Koalition** befindet sich in einer tiefen Krise, ausgelöst durch ein fehlendes finanzielles Budget und ideologische Gegensätze bei der Sozialpolitik. Die Union fordert strukturelle Reformen und mehr Entlastungen, während die SPD unter Druck ihrer Basis und interner Führungskräfte soziale Leistungen und den Status Quo verteidigen muss. Konkrete **Konfliktherde**:

- Pflegereform
- Haushalt und Zuckersteuer (für die das Kabinett am 14. dieses Monats grünes Licht gab); die Salzsteuer als nächstes wäre keine Überraschung!
- Rentenreform
- Einkommensteuer
- Arbeitszeit

Schlechte Umfragewerte, Auswirkung der Kriege und die daraus resultierende Wirtschaftsflaute haben schwarz/rot stark zugesetzt. Das Misstrauen zwischen den Parteien ist so groß, dass Reformen gegenseitig als Druckmittel eingesetzt werden, was die Handlungsfähigkeit der Regierung lähmt. Wir maßen uns nicht an, Regeln für funktionsfähiges Regieren zu geben. Wenn man aber Lehren aus dem Scheitern der Ampelregierung ziehen würde, wäre das der erste Schritt. Die Richtlinienkompetenz muss akzeptiert und gestärkt werden, dann könnten Entscheidungen schneller umgesetzt werden. Im Koalitionsvertrag gibt es keine Klausel zur Streitkultur; die muss in der Praxis gelebt werden. Streitigkeiten dürfen nicht eskalieren, sondern müssen schnell beendet werden.
Der Kanzler hat die Aufgabe, die Koalition zusammenzuhalten. Die notwendigen Entscheidungen sind bis Jahresende zu treffen:

- Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft, Abbau von Subventionen, größeren Freiraum für Innovationen und Produktivitätswachstum schaffen.
- Der Strukturwandel muss beschleunigt werden; d.h. weg von den traditionellen Industrien hin zu Hightech wie KI, Bio-Genetik, Quantentechnologie, Robotik und anderes mehr.
- Ausbau von schulischen und wissenschaftlichen Infrastrukturen.
- Abbau aller Bürokratielasten sowie Regulierungen, die unsere Wettbewerbsfähigkeit behindern. Zwei Studien[1] zeigen, dass ein umfassender Bürokratieabbau binnen 5 Jahren

[1] - Verband forschender Arzneimittelhersteller
- Ferdinand Fichtner von der Hochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin

eine um 42 Mrd. € höhere Wirtschaftsleistung bringt. Ein Viertel geringerer Bürokratieaufwand würde 250 Mio. Arbeitsstunden freisetzen. Der Abbau bürokratischer Belastungen setzt qualifizierte Arbeitskräfte für produktive Tätigkeiten frei.
- Stärkung des Mittelstandes, weil er das Rückgrat der deutschen Wirtschaft ist. Er hat die meisten der weltweit führenden „Hidden Champions“[2].

Die Arbeitsministerin und SPD-Co-Vorsitzende **Bärbel Bas** ist zurückgetreten, was das Verhältnis zwischen CDU/CSU und SPD weiterhin schwer belastet und die Koalitionskrise verschärft. Es scheint, dass das gegenseitige Vertrauen in der Koalition nicht mehr vorhanden ist. Ohne dieses Vertrauen ist allerdings eine gedeihliche Regierungszusammenarbeit kaum mehr möglich. Es scheint so, dass beide Seiten Angst vor dem Bruch der Koalition haben, aber dokumentierte Austrittsszenarien der SPD gibt es nicht. Man muss die nächste Weichenstellung während des nächsten SPD-Parteitages (Dezember 2026 / Januar 2027) abwarten.

Sollte die jetzige Koalition scheitern, müsste man über eine Minderheitsregierung nachdenken, was allerdings den Kanzler schwächen würde. Schlussendlich bliebe wahrscheinlich nicht viel anderes übrig als Neuwahlen. Die AfD wird von allen etablierten Parteien als Koalitionspartner abgelehnt. Noch kämpft Kanzler Friedrich Merz um eine politische Wende. Um das zu erreichen, muss er liefern und Erfolge zeigen. Er möchte nicht als Verlierer in die Geschichtsbücher eingehen. Der Kanzler wird an den durchgesetzten Reformen gemessen. Bis zur nächsten Bundestagswahl muss Deutschland ökonomisch verändert werden, denn sonst würden frustrierte Wähler das wiederholen, was etablierte Parteien bei jüngst zurückliegenden Landtagswahlen schmerzlich erlebt haben.

Einen langen Streit hat die schwarz-rote Koalition beendet und man hat sich am 30.09.2026 auf die **Pflegereform** geeinigt. Damit ist die drohende Finanzlücke von rd. 8 Mrd. € geschlossen. Für dieses Jahr erwarten die Pflegekassen ein Defizit von 4,4 Mrd. €, für nächstes Jahr 7,5-10 Mrd. € und bis 2033 droht ein Minus von mehr als 15 Mrd. €. Die Eckdaten des Gesetzentwurfes zum Pflegeneuordnungsgesetz (PNOG):

- Der allgemeine Beitragssatz bleibt stabil bei 3,6%.
- Kinderlose zahlen von bisher 0,6% ab 01.01.2027 0,9% (gesamt 4,5%).
- Die Beitragsbemessungsgrenze wird um 300 € pro Monat angehoben.
- Ab 01.01.2028 soll ein Zuschlag von 0,52% für die Mitversicherung von Ehepartnern und Lebenspartnern erhoben werden.
- Ab 01.01.2028 fallen auch für Minijobs Beiträge zur Pflegeversicherung an.
- Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige werden weiterhin vollumfänglich von der Pflegeversicherung übernommen.
- Versicherte ab dem 60. Lebensjahr erhalten Anspruch auf eine Früherkennungsuntersuchung.
- Das Motto „REHA vor Pflege“ soll konsequenter bei der Begutachtung geprüft werden.
- Ab 2029 ist eine Pflegebegleitung vorgesehen, die Angehörige bei der Organisation und bei Hilfsangeboten unterstützt.

[2] Ein sog. „Hidden Champion“ ist ein mittelständisches Unternehmen, das weltweit zu den Top 3 oder in Europa auf Platz 1 ist und einen Jahresumsatz von max. 5 Mrd. € hat.

- Für Familien mit pflegebedürftigen Kindern wird ein Sozialraumbudget von rd. 3.600 € pro Jahr eingeführt.
- Der Entlastungsbeitrag von monatlich 131 € fällt für Pflegegrad 1 weg.
- Für Pflegegrad 2-5 wird der Entlastungsbeitrag Teil eines neuen Sozialraumbudgets von monatlich 175 €.
- Die Zuschläge der Pflegeversicherung zu den Eigenanteilen in Pflegeheimen gelten nicht mehr nach 12, sondern erst nach 18 Monaten Verweildauer.

Der Gesetzentwurf muss nun durch Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden. Die Pflegereform ist für uns kein Befreiungsschlag, sondern ein „Flickenteppich". Das zentrale Problem, nämlich die Forderung der SPD nach einer Lastenverteilung zwischen gesetzlicher und privater Pflegekasse wurde nicht gelöst. Die durch Landtagswahlen geschwächte CDU und hier muss besonders der Kanzler genannt werden, hatten einen Reformkurs ohne Abstriche angekündigt. Der nächste große „Brocken" wird die Rentenreform. Wenn jedes Mal bis zur letzten Minute verhandelt wird, zerfleischt man sich gegenseitig. Das könnte Auswirkungen haben, sodass schlussendlich Kanzler Merz die Vertrauensfrage stellen müsste.

Lars Klingbeil ist auf „Investitionstour"; d.h. er fährt durchs Land und schaut, wie die Mittel aus dem **500 Mrd. € Sondervermögen** eingesetzt werden. Seinen Gastgebern hinterlässt er einen kleinen gelben Spielzeugbagger, der symbolisieren soll: „Die Bagger rollen!". Das Sondervermögen wird für ihn zunehmend zum politischen und administrativen Problem. Ursprüngliches Ziel war, Infrastruktur und Klimaneutralität zu finanzieren. Das ifo-Institut und das IW Köln haben nachgerechnet und kamen zu dem Ergebnis, dass 2025 bis zu 95% zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet wurden. In diesem Jahr flossen nur 35% in Infrastruktur (Brücken und Tunnel), weil lange Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie bürokratische Hürden Bauprojekte verzögern. Die bisherige Ausgabegeschwindigkeit der Gesamtmittel wird kritisiert und als zu langsam empfunden, wobei Warnungen vor steigenden Baupreisen und verpuffenden Mitteln die Lage weiter verschärfen. Auch wenn die Bagger jetzt rollen, bleibt das Sondervermögen eine politische Baustelle.

Vor 50 Jahren wurde das erste „**Schwarzbuch**" vorgelegt, mit dem der **Bund der Steuerzahler** die öffentliche Verschwendung anprangert. Zum 01.10.2026 erschien die Ausgabe 2027/27, die in Berlin kostenfrei angefordert werden kann. Es gibt 2.500 Förderprogramme, auf die man blindlings zugreift. Dabei wird offensichtlich nicht nach dem Sinn der Investitionen gefragt, schon gar nicht nach den Kosten. In dem aktuellen Exemplar sind 100 Fälle aufgeführt, die man nur mit ungläubigem Kopfschütteln kommentieren kann. Uns ist kein Fall bekannt, wo der Entscheider der Fehlentscheidung zur Rechenschaft gezogen wurde.

Die **EU** unter der Regentschaft von Ursula von der Leyen macht es sich (zu) einfach. Für den „**mehrjährigen Finanzrahmen**" **(MFR)** von 2028 bis 2034 werden 2 Billionen € benötigt; ein Anstieg von rund 60%. Die Forderung ergibt sich aus folgenden Gründen:

- Bewältigung globaler Krisen und neuer Prioritäten
- Rückzahlung an Next Generation EU
- Stärkung der Handlungsfähigkeit
- Effizienz und Flexibilität

2024 zahlte Deutschland 13,1 Mrd. € mehr in den EU-Haushalt ein, als es an Rückflüssen erhielt. Für den MFR 2028-2034 soll Deutschland einen Jahresbeitrag von über 50 Mrd. € bezahlen. Davon werden auch die 60- bis über 72.200 Mitarbeiter bezahlt, die Ursula von der Leyen um weitere 2.500 aufstocken will. Die Reise soll zu mehr zentraler Steuerung durch die EU hingehen und zu mehr Brüsseler Bürokratie. Als Beispiel die Verpackungsverordnung, die für viele kleine Unternehmen einem Exportverbot in andere EU-Länder gleichkommt.
Europa braucht Reformen, welche die Produktivität über alle Sektoren anhebt. Nr. 1 ist und bleibt: weniger Bürokratie!
Der Verlust an Wohlstand ist in den letzten Jahrzehnten immer offensichtlicher geworden. Es gibt Studien, die belegen, dass mehr Wohlstand nicht durch zusätzliche Beiträge, mehr Bürokratie oder mehr Beamte erreicht wird. Das erfordert Taten und nicht wie bisher nur Lippenbekenntnisse. Dazu gehört, dass der EU-Einfluss schrumpft und nicht weiter ausgebaut wird.
Kanzler Merz muss die Kraft haben, weitere deutsche Zahlungen in den EU-Haushalt zu verweigern. Bisher haben er und weitere „reiche EU-Länder“ ihr Veto angekündigt, sollte der Haushalt nicht um mehrere 100 Mrd. € gekürzt werden. Der MFR muss einstimmig beschlossen werden. Bis Ende 2026 muss eine Einigung erzielt sein.

Anfang dieses Monats sackte der Euro auf ein 17-Monats-Tief gegenüber dem **US-Dollar** auf 1,1161 Dollar. Das ist der niedrigste Stand seit Mai 2025. Die Hauptursachen:

- Sorgen um französische Staatsfinanzen. Die politische Instabilität und die hohe Verschuldung Frankreichs haben die Anleger verunsichert.
- Politische Unsicherheit in Spanien. Die Ankündigung, Ende November 2026 Neuwahlen abzuhalten, verstärkt den Druck auf den Euro.
- Starker US-Dollar. Starke US-Konjunkturdaten und steigende Ölpreise nähren Spekulationen, dass die Notenbank FED die Zinsen erhöht.

Experten prognostizieren einen weiteren Rückgang des Dollar auf 1,10.

Auswirkungen auf die Wirtschaft:

- Exporteure profitieren kurzfristig von niedrigen Ausfuhrpreisen. Eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit wäre möglich.
- Importeure trifft die Parität hart, weil Rohstoffe in Dollar gehandelt werden.
- Inflation: Höhere Import-Kosten heizen die Inflation an und drücken die Kaufkraft.

Auswirkungen auf Haushalte:

- Reisen in die USA werden deutlich teurer, da die Kaufkraft des Euro dort sinkt.
- Lebenshaltungskosten: Energie, Benzin und importierte Waren belasten private Ausgaben und lassen das verfügbare Einkommen schrumpfen.
- Kreditnehmer zahlen höhere Zinsen für Ratenkredite, Dispokredite und Baufinanzierung.
- Sparer: Tagesgeld- und Festgeldzinsen steigen kaum.
- Staat: Zahlt höhere Zinsen bei der Neuverschuldung.

Am 29. dieses Monats ist die nächste EZB-Sitzung. Entscheidungen hängen von der Entwicklung des Euro ab.

Rund um Edelstahl „Rostfrei“

Indonesien ist der weltgrößte Inselstaat. Mit ca. 275 Mio. Einwohnern ist es zugleich der viertbevölkerungsreichste Staat der Welt. Das Land verteilt sich auf mehr als 17.500 Inseln. Indonesien dominiert den globalen **Nickel**markt mit einem Anteil von über 60% an der weltweiten Minenproduktion und kontrolliert damit maßgeblich das Angebot. Seit 2014 verbietet Indonesien den Export unverarbeiteter Nickelerze, um die Wertschöpfung durch lokale Raffinerien und Hüttenwerke im Land zu halten. Rund 75% der indonesischen Nickelraffinerien werden heute von chinesischen Unternehmen kontrolliert. Da die eigene Förderung teilweise durch Quoten begrenzt wird, importieren indonesische Nickelraffinerien massive Mengen an Nickelerz aus den Philippinen (im Jahr 2024 rd. 14 Mio. Tonnen), um ihre Kapazitäten voll auszulasten. Indonesien liefert seit Jahren kein unverarbeitetes Nickelerz mehr an das Ausland, sondern exportiert ausschließlich höherwertige, vor Ort verarbeitete Nickelprodukte. Das Exportverbot für Roherz gibt es seit 2020. Da China die Schmelzanlagen in Indonesien weitgehend finanziert hat und besitzt, fließt ein Großteil der indonesischen Nickelprodukte direkt nach China oder an chinesische Tochterunternehmen im Ausland.

Südafrika besitzt die weltweit größten **Chrom**erz-Vorkommen. Die Energiekosten sind massiv gestiegen und deshalb gibt es von den einst 66 Ferrochrom-Öfen heute nur noch 11. Bei der Ferrochrom-Herstellung macht Strom etwa 52% aus. China hat die globale Ferrochrom-Produktion fast vollständig an sich gerissen. In den Häfen von China (vor allem in Tianjin) lagert eine Rekordmenge von 5 Mio. Tonnen Chromerz, was Chinas dominierende Einkaufsmacht untermauert.

Die Hightech- und Energieindustrie hat seit einiger Zeit den Bedarf an **Molybdän** rasant gesteigert, was zu einer strukturellen Knappheit geführt hat. In diesem Jahr liegt die Nachfrage bei 329 Mio. Tonnen und wird sich bis 2031 auf 404 Mio. Tonnen steigern. Der weltweite Verbrauch wächst deutlich schneller als die Förderung. China bleibt mit großem Abstand der weltweit größte Molybdän-Verbraucher, während die Nachfrage in Europa zuletzt leicht rückläufig war. Für hochreines Molybdänpulver hat China eine Exportlizenzpflicht eingeführt.

Auch in diesem Jahr stieg weltweit die Gesamtproduktion an Edelstahl-Rostfrei. Mit ca. 60% Anteil dominierte der Bedarf an Blechen und Bändern. Asien gilt als Wachstumsmotor, während die europäische Edelstahlindustrie einen Rückgang verzeichnete. In Relation zu 2025 zogen die Preise im Jahresverlauf 2026 an. Der Hauptgrund sind Preisanhebungen bei Nickel und Molybdän. Der europäische Markt schottet sich zunehmend gegen asiatische Überkapazitäten ab. Zwischenzeitlich greift das CO_2-Grenzausgleichssystem (CBAM) der EU sowie auslaufende und neu verhandelte Schutzzölle, welche Einkäufer im Westen zwingt, verstärkt auf teure, lokal in Europa produzierte Flachprodukte auszuweichen. Die Auftragsbücher der Stahlwerke verzeichnen mehr Bestellungen. Anhebung der Preise und Verlängerung der Lieferzeiten waren und sind die Folge.
Die Prognosen der Experten im Frühjahr dieses Jahres haben sich nicht bewahrheitet und der Nickelpreis wird bis Jahresende einen Abwärtstrend zeigen. Der Rohlagerbestand an der LME, der sich bis in das nächste Jahr hineinziehen wird, tut sein Übriges bezüglich der Notierung nach unten.

Die nachstehende Kurzübersicht zeigt für die wesentlichen Legierungselemente die Preise bis Ende dieses Jahres sowie die sich daraus ergebenden Legierungszuschläge.

	Preise bis Ende 2026	LZ November 2026	LZ-Prognose bis Ende 2026
Nickel	15.000-16.000 US$/to	2.193 €/to	gleichbleibend
Molybdän	73.000-75.000 US$/to	4.045 €/to	leichter Anstieg
Chrom	1,52 US$/lbs	1.122 €/to	leichter Anstieg

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
03.01.**2023**	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
02.01.**2024**	1.1039	16.600	16.800	64.158	1.515
02.01.**2025**	1.0376	15.010	15.295	162.474	1.455
02.01.**2026**	1.1745	16.765	16.915	255.282	1.430
02.02.**2026**	1,1852	16.540	16.825	285.528	1.396
02.03.**2026**	1,1812	17.335	17.560	287.976	1.460
01.04.**2026**	1,1521	17.065	17.250	281.520	1.470
04.05.**2026**	1,1721	19.295	19.480	276.888	1.651
01.06.**2026**	1,1660	19.050	19.280	276.444	1.636
01.07.**2026**	1,1436	16.175	16.395	274.230	1.421
03.08.**2026**	1,1527	16.785	17.050	264.876	1.455
01.09.**2026**	1,1585	16.350	16.675	268.536	1.410
01.10.**2026**	1,1362	15.570	15.760	284.682	1.377
22.10.**2026**	1,1232	15.935	16.135	280.674	1.423

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2025		2025		2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	06/25	969	02/25	1.077	1.015	1.017	1.004	1.059	1.094	1.088	1.101	1.101	1.092	1.085	1.122	
4301	08/25	1.834	02/25	2.118	1.919	2.118	2.142	2.219	2.247	2.358	2.346	2.228	2.235	2.188	2.193	
4404	08/25	3.091	02/25	3.522	3.179	3.482	3.639	3.825	3.818	4.032	4.103	3.992	4.047	3.997	4.045	
4509	10/25	1.235	02/25	1.350	1.273	1.277	1.265	1.322	1.356	1.350	1.380	1.388	1.379	1.372	1.409	
4521	06/25	1.988	02/25	2.238	2.065	2.102	2.198	2.347	2.352	2.405	2.512	2.562	2.591	2.593	2.680	
4539	08/25	5.425	02/25	6.253	5.533	6.174	6.505	6.831	6.777	7.231	7.363	7.131	7.255	7.160	7.223	
4571	08/25	3.124	02/25	3.566	3.213	3.523	3.682	3.870	3.863	4.081	4.151	4.038	4.092	4.041	4.089	

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2025		2025		2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026
	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	06/25	1.162	02/25	1.292	1.218	1.220	1.205	1.271	1.313	1.306	1.321	1.322	1.311	1.302	1.346	
4301	08/25	2.201	02/25	2.542	2.303	2.541	2.571	2.663	2.697	2.830	2.816	2.674	2.682	2.626	2.631	
4310	08/25	2.068	02/25	2.401	2.137	2.349	2.374	2.462	2.497	2.614	2.603	2.476	2.483	2.431	2.441	
4404	08/25	3.708	02/25	4.226	3.815	4.179	4.367	4.591	4.583	4.839	4.924	4.791	4.856	4.797	4.854	

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2025		2025		2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	10/25 11/25 12/25	390	03/25	450	400	430	440	440	470	470	460	460	450	450		
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	07/25 08/25	950	01/25	1.270	1.030	1.100	1..280	1..280	1.310	1.280	1.170	1.180	1.230	1.170		
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	07/25 08/25	2.000	03/25	2.240	2.100	2.120	2.270	2.310	2.350	2.360	2.380	2.390	2.450	2.450		

*) Markenname Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team